

Nach der Wahl

Stephan Hebel

## Die Enttäuschten kamen nicht zurück

**Die SPD hat den offenen Umgang mit der Agenda 2010 verpasst und sich Machtperspektiven verstellt**

Das linke Spektrum hat am 22. September eine schwere Niederlage erlitten. Hinter dem fast ungläublichen Glück, dass SPD, Linkspartei und Grüne im Bundestag vor CDU und CSU liegen, verbirgt sich bekanntlich vor allem die Tatsache, dass zwei »bürgerliche« Parteien, die FDP und die AfD, an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert sind. Nur 0,2 Prozentpunkte mehr, das sind nicht einmal 87.000 Stimmen, hätte die FDP gebraucht, dann hätten wir es mit der Fortsetzung von Schwarz-Gelb zu tun. Und dass die Union fast alleine so stark ist wie Rot-Rot-Grün zusammen, ist etwas ganz anderes als der Vorsprung des linken Lagers vor Schwarz-Gelb im Jahre 2005.

Was also hat die SPD, was hat das »linke Lager« falsch gemacht? Kurz zusammengefasst: Es ist nicht gelungen, zu vermitteln, dass unser Land vor grundsätzlichen Alternativen und damit vor einer wichtigen Entscheidung stand.

Es ist ja nicht so, dass es die Konkurrenz der Konzepte nicht gegeben hätte. In den wichtigsten Themenfeldern – Europa-Krise, Sozialstaat, öffentliche Daseinsvorsorge und ihre Finanzierung – standen sich die »politischen Lager« deutlich erkennbar gegenüber, jedenfalls dann, wenn man von ihren Programmen ausgeht. Aber der Wahlkampf wirkte, als seien die Unterschiede nicht prinzipiell. In der öffentlichen Auseinandersetzung ist die Konfrontation weitgehend misslungen. Einer Kanzlerin, die die markt- und wirtschaftsliberalen Grundlinien ihrer realen Politik hinter der Maskerade als »Kanzlerin für alle« verbarg, stand eine Opposition gegenüber, die lange Zeit den Angriff auf die

Amtsinhaberin scheute, die eigenen alternativen Konzepte nur zögerlich vertrat und den Aufbau einer linken Regierungsalternative ablehnte.

Um ein Beispiel von vielen zu nennen: SPD, Grüne und Linkspartei setzten sich gemeinsam dafür ein, die Umverteilung nach oben, die wir seit mehr als 20 Jahren erleben, zumindest in Teilen durch höhere Steuern auf Spitzen- und Kapitaleinkommen zu korrigieren. Nicht etwa um zu »gucken, wer ist erfolgreich und wem kann ich noch etwas wegnehmen«, wie Angela Merkel zu bemerken pflegte, sondern um Schuldenabbau, Bildung, die Erhaltung der Infrastruktur und nicht zuletzt die Kosten der Bankenrettung überhaupt in Angriff nehmen zu können, ohne den Skandal der wachsenden Ungleichheit im reichsten Land Europas noch zu verschärfen.

Ähnlich war es in der Europapolitik (»Marshallplan für Europa« gegen Spardiktat für den Süden), bei der Energiewende und in vielen anderen Bereichen. All das wäre einen spannenden Richtungswahlkampf wert gewesen. Dass er nicht stattfand, oder zumindest nicht in ausreichendem Maß, verantwortet auf der einen Seite Angela Merkel, die an einer echten Konkurrenz der Konzepte kein Interesse hatte. Auf der anderen Seite aber stehen wir vor einem folgenreichen Versäumnis des »linken Lagers« und der SPD.

Bevor diese Einschätzung etwas ausführlicher begründet wird, darf ein (selbst-)kritischer Seitenblick auf die Medien nicht fehlen. In vielen von ihnen gab es eine erstaunliche Unlust, das zu tun, wofür Journalisten eigentlich da sind: die herrschen-

de Politik und die Aussagen, mit denen sie sich »verkauft«, kritisch unter die Lupe zu nehmen. Schon bevor der Wahlkampf begonnen hatte, war der politisch-mediale Komplex sich einig: Angela Merkel habe die Union nicht nur »sozialdemokratisiert«, sondern spätestens seit Fukushima und Atomausstieg auch noch grün lackiert. Damit fiel ein Großteil der Medien auf die Inszenierung der Amtsinhaberin als »Kanzlerin für alle« herein und transportierte sie unkritisch weiter.

Allerdings: So schwer es manchmal sein mag, im Medienbetrieb mit Inhalten durchzudringen, so sehr tragen die Politiker selbst den Hauptteil der Verantwortung, wenn die Vermittlung ihrer Ziele derart unzureichend gelingt.

Für die SPD und das »linke Lager« wäre es darum gegangen, sich als Alternativprogramm zu dem immer noch neoliberalen Politikentwurf der schwarz-gelben Regierung zu begreifen und erkennbar zu machen. Es wäre darum gegangen, die Auseinandersetzung zwischen dem Modell eines möglichst ungezügelter Kapitalismus auf der einen und der »rheinischen«, sozialstaatlich und regulativ gezähmten Variante auf der anderen Seite offensiv zu betreiben.

Peer Steinbrück hat das gegen Ende des Wahlkampfes hier und da versucht. Erinnert sei an den Moment des Fernsehduells, als er – staatsmännisch wirkend – von Europa als Werte- und Solidargemeinschaft sprach. Aber diese Momente waren zu selten, und sie kamen zu spät. Eine reelle Kanzlerperspektive hätte die Sozialdemokratie wahrscheinlich nur dann gehabt, wenn sie bereits am Wahlabend 2009 begonnen hätte, den Weg vom großkoalitionären, punktuellen Korrektiv der Kanzlerin zur deutlich unterscheidbaren, linken Volkspartei zu gehen.

Der Agenda-2010-Flügel bremste die Aufarbeitung der Vergangenheit und Neuorientierung für die Zukunft, die Sigmar Gabriel und Andrea Nahles zu repräsentieren

schienen. Der symbolische Kampfplatz, auf dem dieser Konflikt ausgetragen wurde, war der Umgang mit jener Agenda 2010. Die SPD hat es deshalb nicht verstanden, die Enttäuschten in großer Zahl zurückzuholen, weil sie in die von politischer Konkurrenz und manchen Medien aufgestellte Falle lief: totale Verteidigung oder totaler Bruch mit dem Schröder'schen »Reform«-Programm. Dabei wäre es durchaus möglich gewesen, die »Fehlentwicklungen«, die Steinbrück ganz am Ende des Wahlkampfes einräumte, von Anfang an zu benennen: Niedriglohn, prekäre Beschäftigung, aber auch die Höhe des Hartz IV-Satzes, der ja damals in Wahrheit mehr nach Haushaltslage berechnet worden war als, wie behauptet, nach Bedarf.

Es wäre nicht darum gegangen, als Partei in Sack und Asche zu gehen, sondern ohne Rechthaberei die soziale Schieflage und neoliberalen Illusionen der rot-grünen Ära offen anzusprechen und zu korrigieren. Zum Teil (Mindestlohn, Spitzensteuersatz, Rente mit 67) ist das ja im Programm durchaus geschehen. Aber die innere Spaltung der SPD beim Thema Agenda schlug sich in einer Lähmung aller Flügel nieder, wo es um einen offensiven Umgang mit der korrigierten Programmatik gegangen wäre.

Mit der inhaltlichen Korrektur wäre auch eine klare machtpolitische Orientierung zu verbinden gewesen. Wann, wenn nicht aus der Opposition heraus, hätte die SPD das Tabu gegenüber einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei endlich aufgeben sollen? Ja, politische Gegner und Medien schüren die Furcht vor Rot-Rot-Grün mit besonderem Vergnügen. Aber mit vier Jahren Zeit und klaren Bedingungen für eine künftige Kooperation hätte zumindest die Chance bestanden, das politische Klima zugunsten einer Mehrheitsperspektive gegen Merkel zu wenden. Wer es nicht probiert hat, wird nicht behaupten können, die Linkspartei wäre dann in wichtigen Streitpunkten nicht bewegungs-

fähig gewesen. Und zu behaupten, die rot-rot-grüne Perspektive hätte die Wahlchancen verringert, wäre angesichts des jetzt vorliegenden Ergebnisses eine Diskussion wert.

Keine Frage: Die konsequente Neuorientierung wäre sehr schwer geworden. Wir haben es mit einer Kanzlerin zu tun, die über ein unendliches Geschick verfügt, den Menschen die falsche Vorstellung zu vermitteln, sie sei so sehr für alle da, dass man sich das Wählen sparen und auf Alternativen verzichten könne. Aber wer der Überzeugung ist, dem Land wäre besser zu dienen mit einer anderen Politik, der

macht sich politisch strafbar, wenn er es nicht versucht.

Hier, und nicht in dieser oder jener Eigenschaft eines Kandidaten, liegt das Versäumnis der SPD. Das Wahlergebnis hat ihr die unverhoffte Chance gegeben, dies zu korrigieren. Der Gang in die Große Koalition ist dafür sicher nicht der beste Weg. Wagte es die Sozialdemokratie, sich bei der Kanzlerwahl zugunsten Merkels zu enthalten und dann einer schwarzen Minderheitsregierung konstruktive Opposition zu bieten, dann hätte die linke Machtperspektive für die Zukunft noch eine Chance.



**Stephan Hebel**

(\*1956) war von 1986 bis 2013 Redakteur der Frankfurter Rundschau und arbeitet jetzt als freier Autor und Publizist. Zuletzt im Frankfurter Westend-Verlag erschienen: *Mutter Blamage. Warum die Nation Angela Merkel und ihre Politik nicht braucht.*

stephanhebel@aol.com

*Thomas Meyer*

## **SPD – Eine neue Strategie tut not**

Die Alternativen und deren Risiken, die dieses vermaledeite Wahlergebnis der SPD noch lässt, sind von den Medien mehrfach rauf und runter diskutiert, erst Recht in der Partei selbst. Trotzdem scheint der große Sog, der alles mit sich zieht, mächtig in Richtung Große Koalition zu gehen. Was auch sonst? Dabei hat niemand vergessen, wie schlecht das beim letzten Mal, trotz der ansehnlichen Leistungen sozialdemokratischer Ministerinnen und Minister, ausgegangen ist. Partei und Wahlvolk hatten die aufgelisteten Leistungserfolge nicht mitgerissen – im Gegenteil. Und nun, vom mageren Wahlergebnis und dem viel größeren Vorsprung des ungewollten Partners weiter geschwächt, sollte es besser gehen? Kaum denkbar. Aber, was bleibt sonst? Fürs Erste nicht viel. Gerade darum darf nach

den Erfahrungen nicht vergessen werden, dass mit jedem heutigen Schritt symbolisch und real die Weichen für die zukünftigen Chancen der Sozialdemokratie gestellt werden, nicht nur für die nächsten Wahlen, sondern wohl für das nächste Jahrzehnt. Was bedeutet der 22. September also für die SPD in dieser Hinsicht?

*Erstens:* Es gibt in Deutschland eine Mehrheit links der CDU/CSU, die vermutlich auch bliebe, wenn andere »bürgerliche Parteien« wieder die Fünf-Prozent-Hürde schafften.

*Zweitens:* Diese virtuelle Mehrheit kann die SPD aus problematisierbaren Gründen nicht nutzen, das raubt ihr in den Augen möglicher Wähler die Machtperspektive.

*Drittens:* Die *Mittelschichten-Demokratie*, in der sich das untere Viertel vom Wäh-